V-61 Sozialvereinigung

| | |
|---|---|
| Gremium: | Kreismitgliederversammlung Nürnberger Land |
| Beschlussdatum: | 20.03.2024 |
| Tagesordnungspunkt: | V Verschiedenes |

## Antragstext

Gerne möchten wir die Initiative der Bundespartei, uns mit der Wirtschaftsvereinigung externen Sachverstand in die Partei zu holen, aufgreifen und sinnvoll ergänzen. Wir, der Kreisverband Nürnberger Land, beantragen mit einstimmigen Beschluß auf unserer KMV vom 20. März 2024, den Bundesvorstand zu beauftragen bis zum nächsten BDK eine

Sozialvereinigung

mit Vertretern aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Einrichtungs- und Bildungsträgern, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

jeweils paritätisch besetzt, als beratendes Gremium des Bundesvorstandes einzurichten. Ziel dieser Sozialvereinigung soll es sein, dass der Austausch mit Sozialträgern und -partnern zu aktuellen und grundsätzlichen sozialen Themen innerhalb der Partei eine feste Verankerung hat. So professionalisieren wir uns als Partei weiter und erweitern unsere politische Kompetenz.

## Begründung

Angesichts der Dimensionen der multiplen Krisen sowie der zuletzt aufgetretenen Probleme bei der Kommunikation und Vermittlung entscheidender, politischer Maßnahmen und Gesetze, verfolgt die Sozialvereinigung das Ziel, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Input zu vernetzen. Damit erreichen wir im Vorfeld eine stärkere Einbettung Grüner Politik in den gesellschaftlichen Kontext und die Stärkung der sozialpolitischen Komponente.

Fachwissen aus Forschung und praktischer Umsetzung kann die Planung und vermittelnde Kommunikation politischer Maßnahmen zur Krisenbewältigung umsichtiger, für Bürger*innen und Partei verständlicher machen.

Die Bedeutung der Sozialvereinigung verstärkt sich in unseren Zeiten, da sich die ökologische Frage nicht ohne die soziale Frage lösen lässt. Angesichts einer fortschreitenden Politikverdrossenheit – sinkender Wahlbeteiligungen und Erfolge rechtspopulistischer Parteien – wird eine sozialverträgliche Politik für die Breite der Gesellschaft auch zum Erfolgsfaktor für den demokratischen Zusammenhalt.